

## Zahl des Tages

10

Auszeiten für die Kinderbetreuung sind für Frauen in Deutschland einer Studie zufolge mit erheblichen **Lohneinbußen** verbunden. Bei einer Pause von mehr als zwölf Monaten verdienen sie nach Berechnungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im Schnitt knapp zehn Prozent weniger pro Stunde als vorher.

## Kurz notiert

## Papst erlässt Meldepflicht

**ROM** Papst Franziskus hat für die gesamte katholische Kirche eine Meldepflicht für Fälle sexuellen Missbrauchs erlassen. Für Kleriker und Ordensleute werde ab Juni die Verpflichtung eingeführt, innerhalb der Kirche Missbrauchs- und Vertuschungsfälle umgehend anzuzeigen, teilte der Vatikan mit. „Während diese Verpflichtung bis dato in einem gewissen Sinne dem persönlichen Gewissen überlassen war, wird sie nunmehr zu einer universell gültigen Rechtsvorschrift“, erklärte der Chefredakteur der Kommunikationsabteilung des Vatikans, Andrea Tornielli. Das Gesetz soll am 1. Juni in Kraft treten. Eine Meldepflicht an staatliche Stellen ist allerdings nicht vorgesehen. *dpa*

## AKK sagt Termine ab

**BERLIN** CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat wegen einer Augenerkrankung öffentliche Termine am Donnerstag abgesagt. Das teilte der Präsident der mittelständischen Familienunternehmer, Reinhold von Eben-Worlée, bei den Familienunternehmer-Tagen in Berlin mit. Die CDU-Chefin sollte bei der Veranstaltung des Wirtschaftsverbands auftreten. Die CDU bestätigte Kramp-Karrenbauers Augenerkrankung, ohne weitere Angaben zu machen. Im Publikum rief die Nachricht von der Absage zunächst Buhrufe hervor, bevor Eben-Worlée den Grund nannte und Kramp-Karrenbauer in Schutz nahm. *dpa*

## Diäten über 10 000 Euro

**BERLIN** Die Diäten der Bundestagsabgeordneten steigen zum 1. Juli erstmals auf mehr als 10 000 Euro. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hat die automatische Anhebung jetzt mit der Bekanntmachung in den Bundestags-Drucksachen formal in Kraft gesetzt. Danach erhöht sich die – zu versteuernde – Abgeordnetenschädigung um 303,19 auf 10 083,45 Euro im Monat. Die Diäten der aktuell 709 Bundestagsabgeordneten werden jeweils zur Jahresmitte entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst. *dpa*

Rückschau  
10. Mai

## 1949 Vor 70 Jahren

Der Parlamentarische Rat einigt sich auf Bonn als vorläufige Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Von 62 gültigen Stimmen entfallen 33 auf Bonn und 29 auf Frankfurt am Main.

## 2018 Vor einem Jahr

Der französische Präsident Emmanuel Macron wird in Aachen mit dem Karlspreis geehrt. Von Deutschland fordert er eine Abkehr vom strikten Sparkurs und mehr Mut bei der Reform Europas.

## Kontakt

Redaktion Politik/Wirtschaft  
Allee 2 · 74072 Heilbronn  
Tel. 07131 615-0 · Fax 07131 615-373

-794 Leitung: Hans-Jürgen Deglow ..... dl  
-438 Jürgen Paul (stv.) ..... jüp  
-982 Christoph Donauer ..... don  
-768 Valerie Blass ..... vbs  
-325 Heiko Fritze ..... frz  
-299 Manfred Stockburger ..... mfd

E-Mail politik@stimme.de  
wirtschaft@stimme.de



Kranke Kinder haben ganz andere Bedürfnisse als kranke Erwachsene.

Foto: drubig-photo/stock.adobe.com

Von unserer Redakteurin  
Valerie Blass

Es ist eine dramatische Beschreibung der Lage an deutschen Kinderkliniken: „Alle von uns haben schon erlebt, dass Kinder gestorben sind, weil sie nicht versorgt werden konnten“, sagt einer der Chefarzte im Publikum bei der Abschlussdiskussion zum Kindergesundheitsgipfel im bayerischen Tutzing und erntet für diese Aussage betretenes Kopfnicken von seinen Kollegen. „Wir befinden uns in einigen Bereichen in einem Versorgungsnotstand“, bekräftigte ein anderer. Universitäts-Kindermedizin funktioniert nur noch, weil die Ärzte Gelder – zum Beispiel aus der Forschung – umleiten. Im Münchener Raum würden Kinder-Notfälle bisweilen auf die Intensivstationen österreichischer Kliniken eingeliefert, weil in Deutschland keine Kapazitäten mehr frei seien.

**Verfassung** Sollten Kinderrechte gesondert in der Verfassung verankert werden? Wäre das ein geeignetes Mittel, um die Lage für behandlungsbedürftige Kinder in Deutschland zu verbessern? Diese Fragen waren Ausgangspunkt der Expertentagung, zu der Vertreter der deutschen Universitätskinderkliniken zusammengelassen waren. Am Ende stand der düstere Befund: Kinderrechte sind im deutschen Rechtssystem zwar ausreichend berücksichtigt. Trotzdem sieht sich die Kindermedizin mit immer größeren Problemen konfrontiert – und zwar durch gravierende Unterfinanzierung. Nach Worten des Heidelberger Staatsrechtlers Paul Kirchhof ist das System der Bezahlung

von Gesundheitsleistungen – das sogenannte DRG-System – in diesem Bereich gar zu einer „Gefahr für die Würde des Menschen“ geworden.

Wie sich das konkret auswirkt, schildert Pia Sailer, Medizinstudentin aus Tübingen. Sie war ein Kind, als bei ihr Leukämie entdeckt wurde. Die junge Frau, die inzwischen als geheilt gilt, berichtet eindrücklich von monatelangen Aufenthalten in der Tübinger Kinderklinik während Chemo- und Radiotherapie, von der großen Fachkompetenz und dem hohen persönlichen Engagement der Ärzte und Pfleger. Heute, als angehende Ärztin, erlebt sie selbst, „den großen finanziellen Notstand“ an der Klinik: „Kosten werden nur zum Teil erstattet, dabei häufen sich die schwersten Fälle.“ Das Personal sei „komplett überlastet“, habe kaum Zeit für Gespräche. Ohne die tägliche Mitarbeit der Eltern wäre die Versorgung der kleinen Patienten nicht zu leisten.

Als einen Grund für die Misere nennt Sailer den „immensen Mehraufwand für die Kindermedizin“. Beispiel Blutabnahme: Während Er-

„Das DRG-System ist zu einer Gefahr für die Würde des Menschen geworden.“

Paul Kirchhof

wachsene sich darauf einstellen, ab dem Vorabend nichts mehr zu essen und sich dann am Morgen bereitwillig der Prozedur stellen, seien bei Kindern oft mehrere Anläufe und viele Gespräche notwendig. Trotz dieses hohen Aufwands werde die Kindermedizin nicht besser vergütet als Erwachsenenmedizin – und Kinderärzte gehörten im Vergleich mit anderen Facharztgruppen zu den Geringverdienenden.

Eine Forderung, der sich mehrere Redner anschließen: Die Ökonomisierung der Kindermedizin beenden, indem die Bezahlung von Leistungen komplett vom DRG-System losgelöst wird. Kirchhof dazu: „Wir haben eine herausragende Kindermedizin, aber sie kann nicht leisten, was sie leisten sollte, weil das Entgeltssystem nicht tauglich ist.“

Das DRG-System, so ein anderer Redner, komme ursprünglich aus der Orthopädie und sei „auf die industrielle Produktion von Gesundheitsleistungen ausgelegt“. Es sei untauglich für die Kindermedizin, in der Gespräche und Zuwendung gefragt seien.

## Regionale Stiftung

Die Stiftung Große Hilfe für kleine Helden an der Heilbronner SLK-Kinderklinik will Unterstützung in Bereichen leisten, für die es keine Kostenübernahme durch Krankenkassen oder das Land gibt. Wichtiger Aspekt ist laut einer Stiftungssprecherin die Schaffung eines „kinderfreundlichen, gesundheitsfördernden Klinikumfelds“ – etwa durch die Einrichtung von Elternzimmern oder Spielbereichen für die kleinen Patienten. Auch Geschwisterkinderbetreuung oder Besuchs- oder Vorlese-dienste werden organisiert. vbs

# Kindermedizin in Not

**TUTZING** Vertreter deutscher Uni-Kinderkliniken berichten von gravierenden Versorgungsnotständen und fordern bessere Vergütung

Im Kleinen Verbesserungen schaffen, auch ohne dass das viel Geld kostet: Das hat sich das Team um Christoph Klein und Carolin Ruther vom Haunerschen Kinderspital der Uni München zur Aufgabe gesetzt. Gemeinsam mit jungen Patienten wie dem 17-jährigen Benedikt, der seit seiner Geburt unter diversen Erkrankungen leidet, hat die Gruppe Empfehlungen für die bessere Wahrung von Kinderrechten im Klinikalltag erarbeitet. Darunter Vorschläge wie: Mit dem Kind statt über das Kind sprechen und ein Zurechtfinden im Behandlungsalltag erleichtern, etwa durch einen kindgerechten Klinikplan oder spezielle Führungen.

**Umdenken** Ein politisches Umdenken fordert die Soziologin Doris Bühler-Niederberger: „Kinder sind eine Bevölkerungsgruppe in prekärer Lage. Es braucht eine nationale Kinderpolitik.“ Eine engere Zusammenarbeit der deutschen Kindermediziner soll nun der erste Schritt sein, um das Thema in der Politik zu platzieren, aus der – sehr zum Unmut der Teilnehmer – kein Vertreter gekommen war. Annette Grüters-Kieslich von der Uniklinik Heidelberg: „Die Kindermedizin stehtermaßen unter Druck, dass ein solcher Schulterschluss viel mehr nötig ist als vor zehn Jahren.“

## INFO Tagung

Beim Kindergesundheitsgipfel trafen sich rund 100 Vertreter von Uni-Kinderkliniken, Wissenschaftler sowie Mitglieder von Selbsthilfegruppen. Die Tagung wurde initiiert von Christoph Klein vom Haunerschen Kinderspital der Uni München und Ursula Münch von der Akademie für politische Bildung in Tutzing.

## Fünf Stunden Geschlossenheit bei EU-Gipfel

Staatschefs einigen sich in Rumänien auf Grundwerte-Katalog – Aber Streit über den Klimaschutz

Von unserem Korrespondenten  
Detlef Drewes

**BRÜSSEL/SIBIU** Die Bundeskanzlerin fasste schon vor dem EU-Gipfel-treffen zusammen, was anschließend herauskam: „Wir alle glauben, dass gemeinsames Handeln besser ist“, sagte Angela Merkel. Wenig später hatten die 27 Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstag im rumänischen Sibiu (Hermannstadt) verabschiedet, was sie sich vorgenommen hatten: Ein Bekenntnis zu Demokratie, zu Geschlossenheit und der Bereitschaft, „immer nach gemeinsamen Lösungen zu suchen“. „Wir werden“, so heißt es in der Erklärung, „vereint durch dick und dünn gehen.“

**Programm** Das Pathos ergänzten die Staatenlenker noch durch ein Arbeitsprogramm für die Jahre bis 2024, das sich wie eine Auflistung der bisher unerledigten Probleme liest: gemeinsames Asylrecht, Klimaschutz und Sicherung der Außengrenzen. Eigentlich war dieser

Gipfel als Aufbruchssignal nach dem Brexit geplant gewesen. Deshalb hatte man Premierministerin Theresa May auch nicht eingeladen. Hier wollte die Union, zwei Wochen vor den Europawahlen, klarmachen, dass sie sich vom Abschied eines Landes nicht schwächen lassen werde. Doch durch das verzögerte Aus-

trittsverfahren war dem Treffen der Anlass abhanden gekommen. So blieb bei dem gut fünfstündigen Gipfel auch noch genügend Zeit, um sich über andere Fragen wieder in die Haare zu bekommen. Dazu gehörte vor allem der Klimaschutz. Paris, das über Jahre hinweg solche Spitzenbegegnungen mit ei-

ner deutsch-französischen Erklärung fast schon bestimmt hatte, legte nun einen Entwurf vor, den man mit anderen Partnern wie Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Portugal und Spanien ausgearbeitet hatte. Die EU solle bis 2050 keine klimaschädlichen Gase mehr in die Atmosphäre blasen. Staatspräsident Em-

manuel Macron ging sogar spürbar zur Kanzlerin auf Distanz, als er vorsichtig formulierte, er hoffe, dass auch Deutschland sich beteiligen werde. Merkel signalisierte „in weiten Teilen“ Unterstützung, schloss sich aber dem Vorstoß nicht an, weil die deutschen Ziele von denen anderer Länder abweichen würden. Differenzen gab es auch bei den Personalfragen. Am 28. Mai schlugen die 27 Regierungschefs den neuen Kommissionspräsidenten vor. „Einen Automatismus“ zwischen Wahlsieg und der Nachfolge Jean-Claude Junckers „gibt es nicht“, sagte Luxemburgs Regierungschef Xavier Bettel. Macron lehnte das Spitzenkandidatenmodell ab. Der griechische Premierminister Alexis Tsipras erteilte dem EVP-Frontmann Manfred Weber (CSU) sogar eine Absage: „Wir brauchen einen Präsidenten, der die Einheit der EU und ihre fundamentalen Ideen unterstützt. Dieser Präsident ist nicht Weber.“ Merkel ließ dagegen keinen Zweifel an ihrer Position offen: „Ich unterstütze Manfred Weber.“ Seite 2



Über nicht weniger als die Zukunft der Union diskutierten die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel im rumänischen Sibiu. Zwei Tage nach der Europawahl treffen sie sich wieder, um den neuen Kommissionspräsidenten vorzuschlagen. Foto: dpa